



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Demokratie stärken, Politische Bildung fördern II – Mehr Gestaltungsspielräume für politische Bildung als fächerübergreifenden Auftrag**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Lehrpläne so zu gestalten, dass neben dem Fachunterricht genügend große zeitliche Spielräume entstehen, um politische Bildung tatsächlich als schulart- und fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel umsetzen zu können. Nur so entstehen Freiräume, die nötig wären, um etwa ein aktuelles Thema aufzunehmen, zu behandeln und mit den Schülerinnen und Schülern zu diskutieren.

### **Begründung:**

Politische Bildung ist in Bayern als Unterrichtsprinzip verankert und somit als fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel verbindlich in den Lehrplänen aller Schularten grundgelegt. Alle Lehrkräfte haben demnach den Auftrag politische Bildung in allen Unterrichtsgegenständen zu berücksichtigen.

Doch in der Realität von Unterricht und Schule kann dieses Ziel oft nicht umgesetzt werden. Zeitmangel, Stofffülle, Prüfungsdruck versperren die Freiräume, die nötig wären, um etwa ein aktuelles Thema aufzunehmen, zu behandeln und mit den Schülerinnen und Schülern zu diskutieren. Die Verantwortung für fächerübergreifende politische Bildung liegt dann bei den einzelnen Lehrerinnen und Lehrern, die weder durch Aus- noch durch Fortbildung auf diese Aufgabe vorbereitet sind.

Die Schülerinnen und Schüler müssen befähigt werden, die zunehmend komplexer werdenden politischen Zusammenhänge unserer Welt zu verstehen, in ihr zu handeln und sie aktiv mitzugestalten. Die Jugendlichen wollen verstehen, was um sie herum geschieht, denn sie sind es, die in der Welt von morgen leben werden. Laut Ergebnis der Shell-Studie 2015 ist ein zunehmendes politisches Interesse der Jugendlichen festzustellen. Dieses Interesse muss gefördert werden. Terroranschläge, Krieg, Umweltverschmutzung sind Probleme, die Ängste schüren und Jugendliche beschäftigen. Sie brauchen Mittel, mit ihren Sorgen umzugehen und das Wissen und die Kompetenz, ihre Welt von morgen aktiv zu gestalten. Die Schule ist dafür der entscheidende Ort. Hier muss die Stelle sein, wo Schülerinnen und Schüler Wissen, Methoden, Kompetenzen und Selbstbewusstsein erlangen, um sich mit dem aktuellen politischen Geschehen kritisch auseinanderzusetzen, sich nicht falsch beeinflussen zu lassen und sich selbst in die demokratische Gesellschaft einzubringen.